

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus dem Haus. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Bestellungen nehmen sämtliche Buchhandlungen Bestellungen entgegen. Unser Preisband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Ostpreußen und Pommern M. 22.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 50

Die neuerschlossene Monarchienliste oder deren Name kostet 6.— M., einschließlich Postgebühren. Klein-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.— M., einschließlich Postgebühren. Ausland-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das neue Kabinett Wirth

Die Regierungsbildung

Der heutige Vormittag verging mit den Bemühungen, ein neues Kabinett zustande zu bringen. Die Demokraten sind endgültig aus der Koalition ausgeschieden. Es trifft also nicht zu, was einige Blätter heute morgen meldeten, daß die Demokraten ihre Leute als Fachminister oder sogenannte „Persönlichkeiten“ im Kabinett lassen wollten. Das Reichsfinanzministerium soll vorübergehend mit einem Beamten besetzt werden. Der in einem Blatt gemeldete Staatssekretär Japs kommt dafür nicht in Betracht. Das Ministerium des Innern wird wahrscheinlich mit Otto Braun von den Rechtssozialisten besetzt werden. Das Justizministerium wird Spahn oder Harz vom Zentrum erhalten. Mit Rathenau wird noch verhandelt wegen Weiterbestellung des Wiederaufbauministeriums. Gröner wird wahrscheinlich das Verkehrsministerium behalten. Reichswehrminister wird Dr. Adolph Köber.

Der Reichstag, der ursprünglich um 12 Uhr zusammentreten sollte, wurde dann um 2 Uhr verschoben und neuerdings um 4 Uhr. Ob bis zu dieser Zeit die Regierung fertig sein wird und ihr vorläufiges Programm vorlegen kann, war bis zum Mittag noch zweifelhaft.

Einige Blätter meldeten heute früh, daß Dr. Wirth ein Kabinett aus „Persönlichkeiten“ bilden wolle. Die Demokraten haben offenbar eingeschätzt, daß sie in einem solchen Kabinett nichts zu suchen hätten, und darum sind sie aus der bisherigen Koalition ausgeschieden. Jetzt fehlt nur noch, daß sie sich mit der Stinnespartei verbinden, die wiederum den Anschluß an die Deutschnationalen gefunden hat. Wenn diesen beiden Parteien an dem demokratischen Block überhaupt etwas gelegen ist, so stände der Bildung einer Stinneskoalition, die von Reinhold Wulle bis zu Theodor Wolff reicht und den Segen der Großindustriellen hat, nichts mehr im Wege.

Zwischen bemüht sich Dr. Wirth, sein Kabinett zusammenzubringen. Bis zur Mittagsstunde war es noch nicht vollständig. Infolgedessen sind die Verhandlungen des Reichstags wieder hinausgeschoben worden.

Die Nachricht eines Morgenblattes, daß Hermann Müller das Ministerium des Auswärtigen übernehmen sollte, ist falsch. Dieses Ministerium dürfte vorläufig noch unbesetzt bleiben.

Rundgebung der Zweiten Internationale

Gegen die Entscheidung über Oberschlesien

London, 26. Oktober.
„Daily Herald“ veröffentlicht eine Rundgebung des Vollzugsausschusses der zweiten Internationale, in der eine Abänderung der Völkerbundsentscheidung in der ober-schlesischen Frage und der wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags gefordert wird. Der Vollzugsausschuss legt dagegen Verwahrung ein, daß Fragen, wie die ober-schlesische, im Interesse kapitalistischer Ausbeutung geregelt werden. Der Sturz der deutschen Mark habe die Fähigkeit Deutschlands, seinen aus dem Friedensvertrag entstandenen Verpflichtungen nachzukommen, vermindert. Wenn diese Politik nicht geändert werde, müsse die Lage Europas immer schlimmer werden. Der Vollzugsausschuss der zweiten Internationale fordert die Arbeiter aller Länder Europas und insbesondere ihre Vertreter im Parlament auf, auf eine Politik zu dringen, die 1. die Volkswirtschaft anerkennt, 2. die Währungsfragen und 3. die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrags völlig abändert, damit nicht unter dem Namen von Reparationen Zahlungen stattfinden, die zur Verklammerung der Arbeiterklasse in den geschlagenen Nationen führen und Millionen von Arbeitern in den reicheren Ländern erwerbslos auf die Straße werfen.

Die Münchener Nordgrube

Ein Attentat auf Auer

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
München, 26. Oktober.
Gestern Abend um 11 Uhr wurde auf den rechtssozialistischen Abgeordneten, Vizepräsidenten des bayerischen Landtags Auer zwei Revolverschüsse abgegeben, als er aus einer Sitzung im Gewerkschaftshaus am Tor des jüdischen Friedhofs vorbeiging. Die Schüsse gingen fehl. Auer ergriff selbst den Revolver und gab zwei Schüsse auf die Attentäter ab, die jedoch in der Dunkelheit entkamen. Das Attentat ist ein Macheakt gegen die Enthüllung der „Münchener Post“, über das Freikorps Oberland und seine Überlebenden, in deren Reihen wohl auch die Täter zu suchen sind. Vor wenigen Wochen erst verurteilten die Salafiten und Angehörige des Freikorps

Oberland nachts eine Demonstration vor Auers Wohnung, und schon damals wurden Drohungen gegen ihn ausgeföhrt.

München, 26. Oktober.

Als gestern Nacht um 12 Uhr der Abgeordnete Auer das Gewerkschaftshaus, in dem eine Vorstandssitzung stattgefunden hatte, mit vier Begleitern verließ und am Stephansberg vorübergehend, wurden auf dem an das Gewerkschaftshaus angrenzenden Friedhof zwei Schüsse gegen Auer abgefeuert, die ihr Ziel verfehlten. Auer, der selbst eine Schutzweste bei sich führte, gab fünf Schüsse in der Richtung ab, aus der die Schüsse gefallen waren. Die Polizei suchte den Friedhof ab, ohne den Täter entdecken zu können. Auer hatte in den letzten Tagen Drohbriefe erhalten, in denen ihm das gleiche Schicksal angedroht wurde, wie es Eisner erlitten habe. Ein im Gewerkschaftshaus beschäftigter Mann gibt an, während der Vorstandssitzung auf dem Friedhof einige Männer beobachtet zu haben, die in das Gewerkschaftshaus hinein saßen. Es war auch ausgesprochen, daß ein Unbekannter Auer in das Gewerkschaftshaus gefolgt war, als dieser sich in die Vorstandssitzung begab.

Der Abwehrkampf gegen Horthungarn

Eine Warnung an die Entente

Die an Ungarn grenzenden Nachfolgestaaten, die den wahren Charakter der ungarischen Politik seit Jahren am eigenen Leibe spüren, lassen sich durch die schnelle Liquidation des Habsburger Rutes nicht darin beirren, schleunige und energische Maßnahmen zu fordern, um den ungarischen Brandherd endlich zu beseitigen. Wie der tschechische Außenminister Dr. Beneš in einem Vertreter des „Matin“ erklärt hat, wird die Tschechoslowakei trotz der letzten Nachrichten aus Ungarn nicht ausführen zu mobilisieren, denn es sei unbedingt notwendig, daß Ungarn nicht nur in der Frage der Habsburger, sondern auch in der westungarischen Frage nachgebe. Nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in Jugoslawien und Österreich ist man in allen maßgebenden politischen Kreisen der Ansicht, daß die Entwaffnung Ungarns durchgeführt werden muß.

Wie nicht anders zu erwarten war, sucht Horth nun diese Aktion zu durchkreuzen, indem er an die Entente appelliert, um die ungarische Armee, die sich angeblich als „Hort des Friedens und der Ordnung“ erweisen habe, unangefastet zu erhalten. Was von dieser Versicherung zu halten ist, zeigt folgende Osteuropa-Meldung aus Wien:

Die Abwesenheit regulärer Truppen in Westungarn wurde von den Hossabanden zu neuerlichen Ausschreitungen und Plünderungen benutzt. Eine etwa 400 Mann starke Bande ist Sonntag Abend in Eisenstadt im Burgenland eingerückt und hat in den Häusern Wäsche und Lebensmittel requiriert. Die jungen Burshen wurden ergriffen und in die Bande eingereiht, auch zwei junge Mädchen wurden verschleppt. Von den jüdischen Bewohnern wurden große Summen Geldes erpreit, überall wurden Pferde und Wagen requiriert. Die Aufregung über die mißhandelten, wehrlosen Bevölkerung ist groß. Niemand wagt sich nach Eintritt der Dunkelheit aus dem Hause. Die ganze Bevölkerung ist für den Anschluß an Oesterreich und kann es nicht begreifen, daß sie von allen Seiten im Stich gelassen wird. Charakteristisch für diese Vorgänge in Eisenstadt ist, daß drei Ententeoffiziere im Schlosse des Grafen Esterhazy sitzen und ruhig zusehen, wie das Städtchen ausgeplündert und die Bewohner betäubt wurden.

Die hier geschilderten Vorgänge stehen keineswegs vereinzelt da, sondern bilden nur ein Glied in jener endlosen Kette der Vergewaltigungen und Plünderungen, denen die Bevölkerung Ungarns von den Terrorbanden Horthys ausgeföhrt ist. Daß die anwesenden Ententeoffiziere diesen Ausschreitungen tatenlos zusehen, ist eine allgemeine Erscheinung.

Rundgebungen in Wien

(3.) Wien, 26. Oktober.

Gestern fanden in Wien 21 Massenversammlungen der sozialdemokratischen Partei statt. Sie waren sehr gut besucht. Die große Erregung der Arbeiter kam in der leidenschaftlichen Anteilnahme zum Ausdruck, mit der die Versammlungsteilnehmer den Ausführungen der Redner folgten. Die Rundgebungen nahmen einen ungestörten Verlauf.

Karl weint und Zita betet

Budapest, 26. Oktober.

Gegenwärtig finden zwischen der ungarischen Regierung und den Ententemittlern Verhandlungen statt, wie die Ausreise Karls aus Ungarn bewerkstelligt werden soll. Karl wird nach dem Kloster Tibang am Wattensee gebracht und von dort mit Ententeschiff auf dem Donauwege außer Landes, wahrscheinlich nach der Insel Malta, geschifft werden. Der Erzherzog weint sehr viel und beteuert, von leichfertigen Ratgebern irreföhrt worden zu sein. Zita betet den ganzen Tag.

Die Landtagswahl in Baden

Aus Baden wird uns geschrieben:
Am 30. Oktober wird das badische Landesparlament neugewählt. Damit geht die Periode eines Landtags zu Ende, die vom 5. Januar 1919 bis zum heutigen Tage gedauert hat. Wir haben es also mit einem Ausnahmefall in der deutschen Republik zu tun. Es gibt kein anderes einzelstaatliches Parlament, das sich sein Leben immer wieder selbst verlängerte. Da das Spiel aber doch einmal ein Ende nehmen mußte, so erklärte man sich endlich bereit, eine Neuwahl vornehmen zu lassen.

In den Revolutionsstagen von 1918 war in Baden eine Regierung gebildet worden, die sich aus fünf Rechtssozialisten, zwei Unabhängigen, zwei Zentrümern und zwei Demokraten zusammensetzte. Unsere Partei war damals noch sehr schwach, doch hielten sich unsere Genossen für verpflichtet, in die Revolutionsregierung einzutreten, um mit aller Kraft die Revolutionserrungenschaften zu stützen und durch eifrige sozialistische Tätigkeit das geordnete Werk weiter auszubauen. Doch die Erfahrungen gaben andere sein, und ihre Bestrebungen, revolutionäre sozialistische Politik zu machen, scheiterten nicht nur an dem Widerstand der Bürgerlichen, sondern auch die Rechtssozialisten brachten nicht den Mut auf, mit den Unabhängigen gemeinsam eine Politik durchzuführen, die der revolutionären Umwälzung gebiert hätte. Schon damals rechtferdigte sich unsere Auffassung, daß sich in Gemeinschaft mit den Kapitalisten eine proletarische Politik nicht durchsetzen läßt. Als die Wahl am 5. Januar folgendes Ergebnis brachte:

Zentrum	376 208 Stimmen	30 Mandate
Rechtssozialisten	329 817	26
Demokraten	233 956	25
Deutschnationale	72 211	7
Unabhängige	15 449	0

traten unsere Genossen aus der Regierung aus. Sie gaben dabei folgende Erklärung ab:

„Nachdem die Wahlen zur badischen Nationalversammlung eine bürgerliche Zweidrittel-Mehrheit ergeben haben, erachten wir die Vorbedingungen, die uns am 11. November vorigen Jahres zum Eintritt in die Regierung bewegen haben, als nicht mehr gegeben. Wir halten es bei der Zusammenziehung der Nationalversammlung nicht für möglich, daß die Errungenschaften der Revolution gewahrt und weiter ausgebaut werden. Deshalb müssen wir auch die Vorarbeiten für diese Nationalversammlung ablehnen und erklären somit unseren Austritt aus der Regierung.“

Was in der Erklärung von unserem Genossen ausgesprochen worden war, traf vollkommen ein. Man rühmt Baden zwar gern als das Musterland der Demokratie, aber man kann dabei an das Wort des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis, „wie ich sie auffasse“, denken. Besonders aber ist auch in diesem Staat nichts davon zu merken, daß in der Politik eine sozialistische Richtung eingeschlagen worden wäre. Im Landtage führten zwar manchmal die vier Parteien Redes- und Experimente“ nicht gemacht werden dürfen. Und so schuf man Gesetze, war produktiv — aber nur in der Quantität — recht tätig und tat im übrigen der kapitalistischen Wirtschaftsförderung nichts zuleide, so daß heute demokratische Wähler mit Bedauern feststellen, daß der Landtag gute und brauchbare Arbeit geleistet habe. Es ist deshalb auch gar nicht verwunderlich, daß Demokraten und Zentrümern ganz offen sagen, der Zustand möge so bleiben.

Trotz alledem aber fürchten die Bürgerlichen, daß die Rechtssozialisten zukünftig doch aus ihrer „Reformarbeit“ durch die Unabhängigen aufgekehrt werden könnten. Die bürgerliche Presse spricht es aus, daß durch den unausbleiblichen Eintritt der Unabhängigen in den Landtag die Rechtssozialisten eine radikalere Tonart anschlagen dürften. Demnach werden selbst von jener Seite die unabhängigen Sozialisten als das sozialistische Gewissen betrachtet, das bisher in der sozialistischen Bewegung noch nicht geschlagen hat. Das ist dieselbe Landtagsstube, die unsere Partei kürzlich in den Auseinandersetzungen wegen der Regierungsbildung im Keiche gefunden hat. Das Bürger-Regiment weiß, daß wir sozialistische Politik vertreten und daß wir von diesem Grundsatze nicht abzuweichen.

In einzelnen Parteien haben im Wahlkampf die Leiden-schaften der Wählermassen nicht so sehr hervorgehoben, wie das bei der Reichstagswahl der Fall gewesen ist. Wollte man aus dem Besuch der Wählerversammlungen auf die Wahlbeteiligung schließen, so müßte man mit einer sehr geringen Wahlbeteiligung rechnen. Das schwache Interesse, das an der Wahl genommen wird, mag zum Teil auch an der Struktur des Landes liegen. Kleinrenten- und Kleinbauerntum drückt dem Lande ihren Stempel auf. Deshalb finden wir mit Ausnahme der größeren Städte auch nicht die umfassende Konzentrierung der Industrie-arbeiter. Im Gegenteil, diese verteilen sich auf die vielen kleinen Ortschaften. Und wiederum hat das — besonders für sozialistische Parteien — einen sehr großen Nachteil. Es sind ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden, um überall die Fühlung herzustellen. Den bürgerlichen Parteien sind diese Verhältnisse nicht so hinderlich. Diese können

leichter Verbindungen anzuknüpfen, weil ihnen auch reichlich fließende Gelder zur Verfügung stehen. Und für das Zentrum ist jeder Geistliche in dem kleinsten Ort ein guter Agitator. Besser als unsere Partei suchen selbstredend auch die Rechtssozialisten. Sie verfügen nicht nur über sechs Zeitungen, sondern auch hunderte von Gewerkschafts- und Parteiangebotenen in den Diensten ihrer Organisation.

Daraus ergibt sich der schwere Stand unserer Partei. Wir haben nur ein einziges Sekretariat, das an der Spitze des Landes seinen Sitz hat. Und dann besitzen wir in diesem ausgedehnten Land nur ein Parteiblatt. Die Rechtssozialisten können 36 Abgeordnete mit Fraktion im Lande herumreisen lassen, während wir nur zwei Reichstagsabgeordnete zur Verfügung haben. Schon aus diesen Tatsachen erkennen wir die Widerwärtigkeiten, die wir zu überwinden haben und die selbstredend auch ihre finanziellen Auswirkungen zeitigen.

Dessenungeachtet aber ist unsere Partei mit allem Eifer in die Wahl eingetreten und die Organisationsleitung hat mit großer Mühseligkeit eine schier unermessliche Arbeit geleistet. Doch hier müssen wir dem k o m m u n i s t i s c h e n V e r b r e c h e n von Halle einige Worte widmen. Wäre im vorigen Jahre die Auseinandersetzung der Unabhängigen Sozialdemokratie nicht gekommen, wir würden den reformistischen Bann, der die babilische Arbeiterschaft umgibt, unüberwindlich gebrochen haben. Sehen wir uns doch das Stimmenergebnis der letzten Reichstagswahl an. Es erhielten:

Jenitum	344 027 Stimmen
Rechtssozialisten	190 298 "
Unabhängige	102 985 "
Deutschnationale	113 854 "
Demokraten	64 905 "
Kommunisten	19 471 "

Vergleichen man diese Zahlen mit dem Resultat der babilischen Nationalparlamentarierwahl, so müssen wir feststellen, daß unsere Partei beinahe 90 000 Stimmen zugenommen hatte, während die Rechtssozialisten beinahe 140 000 Stimmen verloren hatten. Ein derartiges Ergebnis hätte man in dem Land, in dem die Blige des Revisionismus steht, nicht erwartet. Wir knüpften die gewonnenen Fäden und über das gesamte Land spannte sich das Organisationsnetz aus. Halle zerritt mit einem Schläge das Netz und die geradezu sinnlose Zerstörungswut der Kommunisten zerstückte die beispiellose Arbeit mit dem Erfolg, daß der größte Teil der bestehenden Ortsgruppen auch nicht den Anstoß bei den Kommunisten suchte. Man sieht die Arbeiter, angeekelt von dem kommunistischen Kampf, in das Meer der Indifferenzen. Zwar blafen sich die Kommunisten auch jetzt noch gewaltig auf, aber in Wirklichkeit steht hinter ihnen nur ein kleiner Teil der Hand- und Kopfarbeiter. Die Wahl wird das zeigen. Sie wird aber, um das ohne Umschweife zu sagen, auch den Beweis liefern, daß die kommunistische Kampfkraft nicht anders als konterrevolutionär wirkt.

Somit aber kann heute über den Ausfall der Wahl nichts prophesiert werden. Zwar haben uns bürgerliche Zeitungen 70 000 Stimmen zugesprochen, doch es muß noch abgewartet werden. In der S. R. D. herrscht Unzufriedenheit mit der Politik von Görlitz und unsere Partei läßt es an nichts fehlen, um diesen Gärungsprozess zu fördern. Aber ebenso hält es die Unabhängigen Sozialdemokratie für ihre Pflicht, den Klassenkampf gegen den Kapitalismus so zu führen, wie es das immer schärfer werdende Ringen zwischen Kapital und Arbeit erforderlich macht. Das dabei die Reichspolitik die Landespolitik in den Hintergrund drängt, ist bei der zugefügten Lage eine Selbstverständlichkeit. Der 30. Oktober wird nach alledem ein Gradmesser für den Stand der revolutionären sozialistischen Bewegung in Baden sein. Darüber hinaus wird der Wahlkampf und sein Ausgang aber auch keine Bedeutung für das Reich haben.

Defizit im bayerischen Staatshaushalt. Der bayerische Staatshaushalt 1921 schließt mit einem Fehlbetrag von 250 690 250 Mark, der von 1922 mit einem Fehlbetrag von 349 127 909 Mark ab.

Lenins Bankrotterklärung

gl. Moskau, 23. Oktober.

Auf einer von der Sowjetregierung einberufenen Konferenz der Propagandachefs im In- und Ausland, auf der Richtlinien für die durch die Schwächung der russischen Wirtschaftspolitik notwendig gewordene Veränderung der Agitationsmethoden gegeben werden sollen, hielt Lenin eine Rede, in der er u. a. ausführte: Der Übergang der Sowjetmacht zu einer neuen Wirtschaftspolitik, die manche der vorkommunistischen Gebräuche übernimmt, ist nach den letzten Schritten, die wir getan haben, offenbar. Wir hatten allerdings schon, als der Bräuer Friede Anfang 1918 die Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung entfiel, die außerordentliche Vorsicht in unserem Verhalten gegenüber den wirtschaftlichen Problemen beobachtet. Schon damals erkannten wir, daß gegenüber der Bauernschaft ein besonderes Verhalten notwendig sein würde und daß dem Staatskapitalismus im kommunistischen Wirtschaftsgebäude eine wichtige Rolle zuerkannt werden müsse. Aber der Bürgerkrieg und die verzweifelte Lage, in die die Republik durch ihn und durch die auswärtigen Verwicklungen gezwungen uns dann, entgegen unserer besseren Einsicht, einen schließlichen Übergang zum reinen Kommunismus vorzunehmen. Nur haben uns die schlechten Erfahrungen, die wir damit machten, die Richtigkeit unserer ersten Auffassung gezeigt, daß der Übergang auf den ersten Stufe des Kommunismus eine sozialistische Periode vorausgehen muß. Unsere jetzige Wirtschaftspolitik wird notwendig, weil wir eine schwere Niederlage erlitten haben und einen strategischen Rückzug antreten müssen, um, ehe wir völlig geschlagen sind, noch einmal und auf festerer Grundlage aufzubauen. Denn darüber müssen wir uns doch klar sein, daß wir im Frühjahr 1921 eine wirtschaftliche Niederlage erlitten haben, die schwerer ist als alle Rückschläge, mit denen wir es bisher zu tun hatten. Als Ursache dieser Niederlage müssen wir es erkennen, daß die ausführenden Organe nicht imstande waren, die Pläne der leitenden Stellen zu erfüllen, daß sie nicht die Steigerung der Produktion des Rohmaterials konnten, die als die wichtigste Aufgabe angesehen werden muß. So brachte die Anwendung des reinen Kommunismus statt des notwendigen Wiederaufbaues ein Chaos in Stadt und Land hervor. Wir können jetzt sagen, daß wir den Rückzug angetreten haben, und wir wollen hoffen, daß er in Ruhe und Ordnung vor sich geht.

Kartoffelverschiebungen in das Ausland

Vom Betriebsrat der Eisenbahndirektion wird uns geschrieben: Von allen Seiten laufen bei dem Bezirksbetriebsrat der Eisenbahndirektion Klagen und Beschwerden darüber ein, daß ganze Tische voll Kartoffeln über Berlin nach Tachen und Köln laufen. Es besteht die berechtigende Annahme, daß der augenblickliche Vorkaufstand und die Proklamation der Agrarier und Schieber dieses so notwendige Lebensmittel ins Ausland verschieben, um sich die Taschen zu füllen. Der Bevölkerung Berlins ist es nicht möglich, sich mit diesem wichtigen Nahrungsmittel einzudecken, und sie muß zusehen, daß ungeheure Mengen durch gewöhnliche Händler dem Auslande in die Hände gespielt werden.

Trotz mehrfacher Ertragungen andererseits ist die Ausfuhr von Kartoffeln nicht verboten worden. Immer wieder und immer wieder rollen Kartoffelzüge dem Westen zu. Durch die dadurch hervorgerufene Kartoffelknappheit macht sich schon eine empfindliche Erregung in der Bevölkerung bemerkbar. Um zu verhindern, daß nicht letzten Endes die Not die Bevölkerung zur Selbsthilfe zwingt (d. h. daß mit Gewalt das Verladen und Wroollen der Waggons verhindert wird), verlangt der Bezirksbetriebsrat das sofortige Kartoffelausfuhrverbot.

Die Feuerweh unter Waffen

Vor einigen Tagen haben wir mitgeteilt, daß sich die Auflösung der Orgele in Ostpreußen dergestalt vollzogen hat, daß die Orgelemitglieder der Feuerweh eingereicht wurden, und daß diese Maschinenwaffen und Handfeuerwaffen zur Ausrüstung überwiesen bekam. Diese Tatsachen wurden in einer Sitzung des

Hauptauschusses des Preussischen Landtags durch den rechtssozialistischen Abgeordneten Krüger festgesetzt, und Ministerpräsident Siegelward mußte die Richtigkeit bestätigen.

Jetzt geht uns durch den Feuerlöschdirektor (!!!) der Provinz Ostpreußen eine Berichtigung zu, in der alles abgeklärt wird. Der Feuerlöschdirektor behauptet, die preussische Regierung habe sich überhaupt nicht mit dieser Frage beschäftigt, und es sei auch nicht wahr, daß Ministerpräsident Siegelward sich damit entschuldigt habe, daß die Bewaffnung der Feuerweh unter Zustimmung aller Landräte und Regierungspräsidenten der Provinz Ostpreußen erfolgt sei.

Dieser Feuerlöschdirektor ist ein sonderbarer Kauz. Er rieht von Ostpreußen aus, was in Berlin vor sich geht, aber sein Reichorgan funktioniert verneinlich schlicht. Was in der Sitzung des Hauptauschusses des Preussischen Landtages festgesetzt worden ist, können doch nur diejenigen wissen, die dabei gewesen sind. Der Feuerlöschdirektor ist also gar nicht befugt, uns eine Richtigstellung zugehen zu lassen, und noch weniger steht es ihm an, den Ministerpräsidenten zu berichtigen. Anscheinend ist dieser Feuerlöschdirektor ein deutschnationaler Herr, dem es nicht unangenehm ist, daß die Öffentlichkeit etwas davon erfährt, was in Ostpreußen vor sich geht.

Oesterreichs Forderungen

Wien, 23. Oktober.

Der Nationalrat nahm einstimmig einen Antrag an, in dem die Mitteilungen des Bundeskanzlers Schöber über die Vorgänge während des Karlistenputsches zur Kenntnis genommen und die von der Regierung getroffenen Maßnahmen gebilligt werden. Ferner wird an die Regierung das Ersuchen gerichtet, die Wehrmacht auszugreifen, die Interventionen des Böhmerlandes wegen Einführung des Militärsystems anzutreten und in Verhandlungen mit den Mächten die Uebergabe des Burgenlandes sowie die ehestige Durchführung der Entwaffnung Ungarns zu erwirken. Der Antrag verlangt weiter die Einleitung einer genauen Untersuchung gegen österreichische Bürger, die an dem Restitutionsversuch in Ungarn beteiligt waren, und die Ausweisung bzw. Internierung ungarischer Staatsbürger, die an dem Putsch in Ungarn mitgewirkt haben.

Kleine Nachrichten

Eine deutschnationale Säule gebrochen. Wie der „Vorwärts“ aus Hamburg erfährt, ist der Geschäftsführer des reaktionären Bürgerbundes, Hermann Abel, der bei allen monarchistischen Kundgebungen in Hamburg die erste Rolle spielte und ein nationalistisches Heft herausgab, plötzlich geworden. Mit ihm verschwanden spurlos die Bürgerbundesliste im Betrage von 65 000 M.

Schneefall im Teutoburger Wald. In den höher gelegenen Orten des Teutoburger Waldes und in Bad Meinberg trat Dienstag morgen der erste Schneefall ein. Die Temperatur ist stellenweise bis auf 2 Grad gesunken. Auch im Thüringer Wald ist Schnee gefallen.

Die Zeitungsverbote vor dem Reichstag. Der für die Zeitungsverbote zuständige Bescheidenausschuss des Reichstages hat in seiner Sitzung vom 21. Oktober über die Beschlüsse der „Hamburger Warte“, des „Hamburger Tageblatts“, der „Königlicher Warte“ und des „Deutschen Volksblattes“ in Frankfurt a. M. verhandelt. Die beiden Hamburger Blätter waren auf je 14 Tage, die beiden anderen Zeitungen auf je drei Tage verboten. Die gegen das „Hamburger Tageblatt“ ausgesprochene Verbotsfrist wurde auf jeden Tag herabgesetzt, so daß sie am gleichen Tage erlosch. Alle übrigen Verbote wurden bestätigt.

Zeitungsverbot. Die in Halle erscheinende kommunistische Zeitung „Klassenkampf“ ist wegen Verstoßes gegen § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten auf 14 Tage verboten worden.

Die Auflösung der belgischen Kammer. Der Entschluß des belgischen Königs über die Auflösung der Kammer und des Provinzialrates wurde vom Amtsblatt veröffentlicht. Darin wird der Tag der Tag der Parlamentswahlen auf den 30. und der der Provinzialwahlen auf den 27. November festgesetzt.

Streik der italienischen Metallarbeiter. Infolge des Streiks der Metallarbeiter in ganz Ligurien wurde in Genua in allen Betrieben die Arbeit eingestellt.

Reform des Konzertagentenwesens

Von Klaus Fringsheim,

Wirtschaftlicher Leiter des Badischen Schenkenwesens

Vorbemerkung. Wir veröffentlichen den folgenden Artikel als Beginn einer Auseinandersetzung über alle Formen unseres Kunstbetriebes. Weder das übliche Schimpfen der Künstler und Kunstinteressierten auf die Konzertagenten noch die resignierte Ueberzeugung vieler, daß sich an den bestehenden Verhältnissen heute noch nichts ändern läßt, so schämen wir uns durch die kapitalistische Entwicklung geworden sind, ändert etwas an dem Uebel. Wichtig sind allein positive Vorbeurteilungen. Die von Klaus Fringsheim haben zunächst für sich, daß sie ein sozialistisches Eingeständnis gegen die menschheitliche Unterwerfung der Konzertagenten fordern, durch das die Konzertverhältnisse ähnlich denen des kapitalistischen Theaters wären. Das ist natürlich kein Sozialismus, aber ein großer Schritt über den bestehenden Zustand hinaus. Bewußt die genossenschaftliche Organisation und Selbstverwaltung der Künstler steht sozialistischer aus, tatsächlich bedeutet sie aber nur eine andere billige Organisation des Konzertwesens. Auch der Plan, das Volkswirtschaftswesen auf den Musikbetrieb zu übertragen, ist eine „babylonische“ Forderung, aber kann sie heute schon durchgeführt werden? Was dagegen Fringsheim will, kann in sechs Monaten Gesetz sein, ein Gesetz, das unseren Kunstbetrieb sittlich, künstlerisch und produktiv heben würde.

I.

Es ist unverständlich, nur vom Unwesen der Konzertagenten zu reden; denn sie sind, im modernen, geschäftlich orientierten Musikleben, nicht zu entbehren, solange es Künstler gibt, die zwar nehmendweise Sinn für Geld haben, nicht aber Sinn für Geschäfte: den haben die wenigsten Künstler, und die wenigsten hätten Lust, sich persönlich mit dem komplizierten Geschäft zu befassen, in welchem die Veranlassung von Konzerten besteht. So sind die Konzertagenten ein Stück kapitalistisches Unternehmertum, gewiß; aber zum Fall weiß nicht eher, als die kapitalistische Gesellschaftsordnung überwunden ist, in der ihre Existenz verankert ist; ihr Gewinn scheint grundsätzlich um nichts unbilliger als der sonst eines Unternehmers, dessen Arbeit wesentlich darin besteht, andere arbeiten zu lassen.

Das Verhältnis des Künstlers zur „Konzertdirektion“ — so pflegen die Konzertagenten sich zu nennen — ist nicht in jedem Fall das des Arbeitnehmers zum Arbeitgeber; die Konzertdirektion ist bald Arbeitgeber, bald Arbeitnehmer. Es gibt, praktisch gesprochen, zwei Arten von Konzerten: solche, bei denen draußengelassen, und solche, an denen verdient wird; wenn verdient wird, verdient die Konzertdirektion und der Künstler; wenn draußengelassen wird, zahlt nur der Künstler drauf, und die Konzertdirektion verdient trotzdem. Denn der Künstler, dessen Ruf nicht genügt, um das Publikum anzulocken und als eine höhere Einnahme zu verschlingen, ist gezwungen, auf eigene Rech-

nung Konzerte zu geben; er ist sein eigener Unternehmer; die Konzertdirektion, deren Namen er zum Teil als empfehlendes Anschlagsfeld mietet, führt ihm die Geschäfte, ist sein Arbeitnehmer zur Befolgung der technischen Vorbereitungen. Sie tut es natürlich nicht, ohne Nutzen davon zu haben, und erhält in jedem Falle ihre feste Agentenprovision: die Gebühr für das Arrangieren des Konzertes. Die Kosten trägt dagegen der Künstler, dem dafür keine Verlustchance bleibt. Hat sich aber der Name des Künstlers entwickelt, ist er im Wert so gestiegen, daß mit seiner Anziehungskraft Geschäfte zu machen sind, dann pflegt die Konzertdirektion, mit der er „arbeitet“, sich auf ihre Unternehmerrolle zu besinnen; dann hat er nicht mehr nötig, selbständig Konzerte zu veranstalten, er wird für ein festes Honorar verpflichtet; die elastische Gewinnchance hat die Konzertdirektion. Es ist wahr, daß große Namen heute sehr hoch bezahlt werden; wieviele ausgezeichnete Künstler aber spielen oder singen in Berlin für einen äußerst bescheidenen Preis; entschädigt werden sie durch auswärtige Engagements, die ihnen die Konzertdirektion, im Nebenamt Konzertagentur, vermittelt, und für die sie wiederum, selbstverständlich vom Künstler, ihre staatliche Provision bezieht.

Kapitalistisches Unternehmertum ist ohne jedes Risiko und mit großen Gewinnchancen auf der einen Seite, auf der anderen Seite: arbeitende Menschen, die oft jahrelang schwere finanzielle Opfer bringen müssen, um einen „Namen“ zu bekommen, das heißt: zum Objekt kapitalistischer Ausbeutung heranzureifen — das ist eine schreckliche Unmöglichkeit. Und das ist ohne Beispiel. Selbst der berühmteste Künstler, der ein Vermögen an den Fingern verdienen kann, die er dem unbekanntesten armen Maler auf Jahre hinaus abgekauft hat, er hat immerhin, wie jeder Spekulant, einmal etwas riskiert; er hat mit dem Blick des Kenners, dem Spürsinn des Geschäftsmannes, mit der Witterung für Konjunktur frühzeitig das Talent des Malers und die darin ruhende wirtschaftliche Kraft einzuschätzen gewußt, und darum hat er sich auch etwas kosten lassen; hat vielleicht zum Unterhalt des Unbemittelten beigetragen, seine Studien unterstützt, hat ihm seine ersten Arbeiten bezahlt, ohne ihren Wert irgendwie umsetzen zu können, hat Geld und sachmännliches Geschick aufgewandt, um sein Werk bekanntzumachen und das Bedürfnis des Publikums darauf zu lenken; er war, alles in allem, der kapitalistisch-kapitalistische Mitarbeiter des Künstlers, sein Helfer und Förderer; als dieser der Hilfe, der Förderung noch wahrhaft bedurfte. Was aber leistet die Konzertdirektion dem Verdenden, des Hilfe und Förderung noch so Bedürftigen? Sie leistet ihm als Lernenden nichts und als Anfänger im Konzertieren nur gegen gute Bezahlung Agentendienste, so oft und solange er will, braucht aber im übrigen nicht daran zu denken, für ihn Geld- und Hilfsmittel einzusetzen; so kann man warten, bis die Früchte seiner Arbeit werden rechtzeitig in ihren Schoß fallen.

Ein unmöglicher Zustand! Schuld daran hat in erster Linie nicht die Konzertdirektion; er ist zum größten Teil in den Verhältnissen des heutigen Musiklebens begründet. Die kapitalistischste Konzertdirektion — gerade sie, denn sie hat die meisten Konzerte — müßte ja zugrunde gehen, obläge ihr, für das Defizit all der Konzerte aufzukommen, die unter ihrem Namen veranstaltet werden. Es besteht nun einmal die Tatsache, daß heute bei zahllosen Konzerten von vornherein niemand, weder Künstler noch Agent, auch nur entfernt auf einen Ausgleich von Ausgaben und Einnahmen rechnet. Meist und mehr ist das Verständnis für die wirtschaftliche Berechtigung, für den Sinn und Zweck eines Konzertes, gegen Entgelt denen, die Musik genießen wollen, Musik darzubieten, verloren gegangen; ebenso das Verständnis dafür, daß es widerständig ist, für Zuhörer zu musizieren, die nicht da sind (und die man kaum erwartet hat); daß es ein wirtschaftlicher Wahnsinn ist, in einem Riesensaal zu musizieren, während man nicht die beheldeste Hoffnung hat, vom Verkauf der Plätze auch nur die Saalmiete bestreiten zu können; für ein Konzert Kellere zu machen, und nur für Kellere — Plakate und Inserate — mehr Geld aufzuwenden, als das ganze Konzert einbringen wird. . . !

Solche Konzerte werden nicht für das Publikum (das fernsteht), sondern allein um des Konzertgebers willen gegeben. So sind eitle Nichtkünstler, in Wahrheit rechte Kartzen, die sich für jedes finanzielle Opfer belohnen fühlen, wenn sie sich an den Anschlagkäulen und in den Zeitungen gedruckt sehen, und wenn sie, wie „richtige“ Musiker, auf einem öffentlichen Konzertpodium auftreten. Da sind ferner viele, darunter tüchtige Musiker, die von Klavier- oder Gesang- oder Theorie-Unterricht leben, und die Konzerte geben, nur um Schüler zu bekommen. (Man bekommt nämlich eher Schüler, wenn man Konzerte gibt und dadurch als Künstler gilt!) Und da ist endlich das Heer von Anfängern, unfertigen oder minderfertigen, die den Beruf des „konzertierenden Künstlers“ erwählt haben und die sich in der musikalischen Öffentlichkeit Geltung erwirken wollen. Sie alle, die Anfänger, die Kartzen, die Musiklehrer, haben eine Sehnsucht: Kritiken zu bekommen, natürlich: gute Kritiken — und deswegen konzertieren sie!

Alle diese Konzerte sind ein Mißbrauch der Öffentlichkeit. Auch dann, wenn niemand im Saal sitzt außer Freunden und Verwandten auf aufgedrängten Freisitzen; dann bleibt es allemal ein Schwindel, das Bild, den Schein der Öffentlichkeit vorzuliegen: ein Schwindel, unter dem letzten Endes die Öffentlichkeit zu leiden hat. Immer wieder kann der Unzufriedene darauf herabfallen; dem Plakat, das am Kopf den Namen einer bekannten Konzertdirektion trägt, steht er's nicht an, daß das angezeigte Konzert nichts taugen wird; er liest: „Werke von Beethoven, Schumann, Chopin . . .“, er geht hin, bezahlt das Eintrittsgeld — und dann sitzt ein Stümper am Klavier, daß der Betrachter nach zehn Minuten genug hat. Ja, das Publikum, das zu solchen Darbietungen geladen wird, muß endlich genug von

Der italienische Parteitag

Der in diesen Tagen zu Ende gegangene Kongress der Sozialistischen Partei Italiens hat die drohende Neuspaltung zwar verhütet, kann aber gleichwohl nicht als eine Stärkung der Partei betrachtet werden, da er die seit Livorno lebendig gewordenen Gegensätze nicht veröhnt oder ausgeglichen, sondern nur vertagt hat. Jedenfalls hat die von Serrati geführte Mehrheit dem rechten Flügel Turati-Treves-Modigliani keinerlei Konzession gemacht und die neue Parteileitung ausschließlich mit eigenen Anhängern besetzt. Gleichzeitig sind die Rechte der Parteileitung ganz erheblich erweitert worden. Nicht nur wird die Parlamentsgruppe ganz den Direktiven der Parteileitung untergeordnet, sondern sie kann auch jederzeit Ausschüsse solcher Parteilanggedrigen aussprechen, welche von den Parteitagsbeschlüssen, d. h. von der in der Resolution Serrati festgelegten Marschroute der Partei abweichen. Diese Resolution verweist nachdrücklich jedes Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien in einer Regierung und richtet sich also ganz eindeutig gegen die Bestrebungen des rechten Parteiflügels. Dieser aber hat auf dem Parteitag keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß er keine Auffassung, wonach für das italienische Proletariat der Weg zur Macht notwendig über das Zwischenstadium einer Koalitionsregierung führt, nicht preisgeben gedenkt. Alles hängt also davon ab, wie die neue Parteileitung ihre Machtvollkommenheiten gegen den rechten Flügel anwenden wird.

Eines hob sich immerhin unverkennbar von dem letzten Parteitag in Livorno ab: der Wille zur Erhaltung der Parteieinheit. Zu bitter hat das italienische Proletariat die Folgen der in Livorno vollzogenen Zerreißung gespürt. Nicht nur war die Partei von den damals 210 000 Mitgliedern auf die Hälfte zusammengeschrumpft, ohne daß die Kommunisten auch nur den viersten Teil dieses Verlustes für sich aufzufangen vermochten, sondern seit Livorno ist das italienische Proletariat von einer furchtbaren Reaktion heimgesucht worden. Zeitweise war jeder Tag mit furchterlichen Schredenstaten der bewaffneten Bourgeoisie gegen das italienische Proletariat angefüllt, und erst vor wenigen Wochen noch ist ein junger sozialistischer Abgeordneter ruzlos gemordet worden. Die Toten des Proletariats zählen nach Tausenden, und nicht geringer ist die Zahl jener, welche von Haus und Kindern stichen und ein schändliches Verbleid aufsuchen mußten.

Alle Teile der Partei waren sich also bewußt, daß eine neue Spaltung nur zu einer weiteren Schwächung des Proletariats führen würde, und niemand wollte dafür die Verantwortung übernehmen. Niemand — mit Ausnahme Moskaus. Dieses ist auch heute von den tragischen Wirkungen seiner Zerreißungspolitik unbeliebt geblieben und verlangte daher den sofortigen Hinauswurf des rechten Flügels. Die Moskauer Vertreter wurden aber vom gesamten Kongress sehr unfreundlich empfangen, und nur mit Mühe gelang es der Kongressleitung, ihnen Gehör zu verschaffen. Auch Lazzari, der noch in Livorno der zäheste Gegner der Moskauer Thesen und Bedingungen war, seit seiner Rückkehr aus Moskau zum leidenschaftlichen Verteidiger der Moskauer Spaltungsforderung geworden ist und wohl die klüglichsste Rolle auf dem Parteitag gespielt hat, blieb mit seinen Freunden isoliert. Von insgesamt 84 013 abgegebenen Stimmen entfielen auf die von ihm vorgeschlagene Resolution nur 3765, während die Resolution Serrati 47 628 und die Resolution Turati 19 916 Stimmen auf sich vereinigte. 8080 Stimmen waren für die Resolution Alessandri abgegeben worden, welche unter Verwerfung der Koalitionspolitik für jede Gruppe das Recht der freien Meinungsäußerung verlangte.

Ein Vergleich dieser Abstimmungszahlen mit dem Stimmenergebnis von Livorno weist auf eine unerwartete Verschiebung der Stärkeverhältnisse zugunsten des rechten Flügels hin. Dieser hatte damals nur mit rund 14 000 Stimmen den rund 96 000 Stimmen der Gruppe Serrati gegenübergestanden. Das damalige Verhältnis war 1 zu 7, ist also in 1 zu 2 vermindert worden. Selbst unter Einrechnung der auf die Resolutionen Alessandri und Lazzari entfallenen Stimmen ist das neue Verhältnis noch immer wie 1 zu 3. Eine Verschiebung, die nicht nur die Serrati-Gruppe nachdenklich stimmen, sondern auch die tiegreifenden

Folgen einer allzu andäulichen Haltung gegenüber dem rechten Flügel aufzeigen muß.

Dabei verdient noch besondere Beachtung, daß die rechte Minderheit des Parteitag eine Mehrheit in dem auf das engste mit der Partei liierten Gewerkschaftsbund besitzt, hinter dem mehr als das Zehnfache der Gesamtmitgliedschaft der Partei steht. Obwohl dieser formell den Parteibeschlüssen untergeordnet ist, so ist der Gewerkschaftsbund heute in Italien, doch der eigentliche Träger der Arbeiterbewegung. Das glänzende Wahlergebnis, das die Partei trotz innerer Schwächung und der in Waffen starrenden Reaktion bei den diesjährigen Parlamentswahlen zu verzeichnen hatte, ist nicht zuletzt auf die Unterstützung der Gewerkschaften zurückzuführen.

Diese Zusammenhänge kennt die Serrati-Gruppe sehr wohl, und sie wird sich daher ihre ferneren Schritte genau überlegen, um nach Möglichkeit jeden Bruch mit dem rechten Flügel zu vermeiden. Sie kann dies um so eher, als Modigliani auf dem Kongress ausdrücklich erklärt hat, daß man auf dem rechten Flügel nur unter der Voraussetzung in eine bürgerliche Regierung einzutreten gedenkt, daß sich die Gesamtpartei hinter diesen Entschluß stelle, doch aber der Preis einer Parteispaltung für eine Regierungsbeteiligung zu hoch sei.

Nach völkischer Abstimmung richteten die beiden Moskauer Vertreter, der Pole Valchki und Kiara Zetkin, eine Erklärung an den Kongress, welche den Ausschluß der Partei aus der dritten Internationale aus sprach. Die italienische Partei ist also heute von jeder internationalen Verbindung losgelöst. Daß diese Isolierung auf längere Dauer unhaltbar ist, sehen die italienischen Genossen ein, und die Parteileitung hat daher den Auftrag erhalten, mit anderen auf dem Boden des einheitlichen Klassenkampfes stehenden, der dritten Internationale nicht beigetretenen Parteien Fühlung zu nehmen, um schließlich unter Einbeziehung der heutigen dritten Internationale eine wirkliche proletarische Internationale zu schaffen! Ueber die beachtlichen Wege hierzu ist auf dem Kongress nicht gesprochen worden. Es ist aber die Einberufung eines sogenannten „kleinen Kongresses“ vorgesehen, der diese Frage erledigen soll. Es dürfte in dieser Beziehung nicht ohne Bedeutung sein, daß unserem Genossen Friedrich Adler Gelegenheit zur Begrüßung des Kongresses gegeben wurde und daß ihm der Kongress für seine Darbringung darbrachte, deren Eindruck auch die ärmlichen Proteste der Lazzari-Gruppe nicht zu verwischen vermochten.

Der preussische Finanzhaushalt

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtags wurde die Einzelberatung des Haushalts des Finanzministeriums fortgesetzt. Einen breiten Raum nahm die Frage der Beamtenangelegenheiten ein. Die S. P. D. stellte einen Antrag, daß bei Schaffung neuer Beamtenstellen in den bisher beschäftigten Angehörten unter Berücksichtigung angemessener Fortbildung und nach Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung der Uebertritt in die Beamtenstellungen ermöglicht werden soll. Der Finanzminister wandte sich gegen diesen Antrag, da die Beschäftigung von Angehörten in den Regierungskassen und staatlichen Hoheitsverwaltungen nur eine Folge der Kriegsabwicklung, also nur ein vorübergehender Zustand sei. Damit begründete der Finanzminister auch seine viel kritisierte Anordnung, für jeden anzustellenden Beamten zwei Angestellte zu entlassen. Ein deutschnationaler Antrag wollte nur ausnahmsweise die Ueberführung von Angehörten in planmäßige Beamtenstellen zulassen, während die Vertreter der Deutschen Volkspartei sich gegen beide Anträge mit der Begründung wandten, daß sie offene Lücken eintrenten. Mit großer Lebhaftigkeit lehnten sich die Vertreter des Zentrums für die Berücksichtigung von katholischen Beamten bei Rekrutierungen ein.

Bemerkenswert war die Forderung des Abgeordneten Dr. v. v. Richter (D. V. P.), dem Finanzminister in finanziellen Fragen im Staatsministerium besondere Rechte einzuräumen. Der Finanzminister hielt eine solche Maßnahme nicht für notwendig, da dadurch das Zusammenarbeiten mit den anderen Ressorts nur erschwert wird. Abgeordneter Lüdemann (S. P. D.) wünschte größere Sparsamkeit in den Verwaltungen und Gleichberechtigung der weiblichen Beamten. Gleichzeitig stellte er an den Finanzminister die Anfrage, ob das Kabinett bereits zu dem seinerzeit geplanten Vergleich mit den Hohenzollern Stellung genommen habe und ob derselbe erledigt sei.

Zur allgemeinen Finanzverwaltung haben unsere Genossen Meyer und Wid folgenden Antrag eingebracht: „Der Land-

tag sollte beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, die Ueberhaltung der von den Lohn- und Gehaltsempfängern zuviel gezahlten direkten Steuern angeht die fortgeführten Postlage zu beschleunigen.“ Weiter verlangt ein Antrag unserer Genossen, daß die in den laufenden Ausgaben vorgesehenen Renten und Entschädigungen an Fürsten und Standesherrn in Höhe von über 1 1/2 Millionen Mark gestrichen werden.

Die Schraube ohne Ende

Neue Preiserhöhung für Margarine

Durch das Wolffsche Telegraphenbureau wird die nachstehende Erklärung der im „Margarinerverband e. V.“ zusammengeschlossenen Fabrikanten verbreitet:

Der „Margarinerverband e. V.“, Berlin, teilt mit: „Infolge der fortwährenden starken Entwertung der Reichsmark ist die Margarineindustrie in die Zwangslage versetzt, die gegenwärtig bestehenden Preise für Margarine weiter zu erhöhen. Die Erhöhung beläuft sich auf 5,50 M. bis 7 M. für das Pfund, je nach Qualität.“

Das ist eine Verteuerung um rund 30 Prozent, so daß ein Pfund Margarine sich in Zukunft auf 20 bis 28 Mark stellen wird. Da Butter bereits jetzt nur zu 34 bis 40 M. pro Pfund zu haben ist und auch Schweinefleisch bauernd stark im Preise steigt, sind die Vorgänge auf dem Margarinemarkt geradezu eine Katastrophe für die minderbemittelte Bevölkerung. Durch den Zwang der Verhältnisse genötigt, den Konsum einzuschränken, der ohnehin bereits stark gedrosselt ist, wird sie ein Opfer der Unterernährung. Die Verhältnisse des Krieges, deren Folgen noch lange nicht überwunden sind, werden eine traurige Wiederholung erfahren. Verringerter Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten, erhöhte Kindersterblichkeit, Ausbreitung der Volksleiden — Menschenopfer ohne Zahl!

Dabei ist die jetzt zum Verkauf gelangende Margarine keinesfalls aus Materialien hergestellt, die zu dem gegenwärtigen schlechten Marktstand im Ausland gekauft wurden. Trotzdem treten die erhöhten Preise sofort in Kraft, ja, in den Details der Geschäftsführung sind sie vielfach schon vor der Uebernahme der Fabrikanten vorgenommenen Preisbildung gefordert und bejaht worden. Ein und derselbe Stapel Ware, der am Vormittag noch 17 Mark kostete, wird mittags mit 18, nachmittags mit 19 und am Abend mit 20 Mark verkauft. Der Teilbestand eines schmalen Bäckers liegt klar zu Tage.

Unsere Leser kennen die Verordnung des Ministers Dominicus, die kürzlich gegen Wucher und Preistreiberlei erging. Sie nimmt sich auf dem Papier sehr gut aus. Schade nur, daß sie in der Praxis gänzlich unbeachtet bleibt. Das Verlangen des Verwaltungsapparates ist efflatant. Wir fordern im Interesse der Bevölkerung, daß endlich durchgegriffen und die Preisbremse zurückgedreht wird. So wie bisher geht es einfach nicht weiter!

Kleider machen Leute

Unter den wundervollen Zücker Novellen Kellers gibt es die Geschichte eines Schneidergesellen, vor dem eine ganze Kleinstadt auf dem Beuche liegt, weil er gut angezogen ist. Wir Großstädter sind nicht mehr so naiv, jeden Eleganten für einen Erlauchten Grafen zu halten, die Republik hat uns auch zu gleichgültig für dieser Größen gemacht. Aber seien wir ehrlich: der Anzug gibt uns immer noch den Maßstab der Achtung für den lieben Mitmenschen. Am Anzug erkennen wir, ob wir es mit einem „Herrn“ oder einem „Mann“, einer „Dame“ oder einer „Frau“ zu tun haben. Und wenn einer erst einen Frack anhat, steigt unsere Bewunderung auf den Gipfel.

Der Frack, das ist immer noch das Ueberbleibsel einer überlegenen Vergangenheit. Der Herr im Frack ist der Millionär, der verführerische Liebhaber der Frauen, der Kinoheld der Lustspiele sieger. Vor dem Frack erschauern wir in Ehrfurcht und Bewunderung, dämpfen die Stimme und verbergen uns tiefer.

Was kümmert uns der Träger? Nicht der Mensch nützt, der Frack ist Trumpf. Die Gastwirte wissen, warum die Kellner im Frack sein müssen. Hinter ihm verschwindet der proletarische Mensch, bleibt vornehme Ueberlehrtheit. Man bestellt, zählt Trinkgeld, und darf gehen.

Aber nun sieht die Sache doch ein wenig anders aus. Die Kellner haben die Fracks ausgezogen, sie führen den Klassenkampf wie andere Arbeiter auch, und wenn man die Streikposten ansieht, merkt man nichts von ihrer beständeten Besonderheit.

Proletarier sind es, die streiken; Proletarier in schabigen Anzügen, Proletarier, denen die Kot aus den Augen fließt.

Der erste Berliner Wollenträger

Von interessanter Seite wird die Gründung der Turm 4 haus-Aktiengesellschaft in Berlin gemeldet, die nun erkrankt den Bau eines Turmhäuses auf dem Rummelplatz am Bahnhof Friedrichstraße in Angriff nehmen will. Ein fester Optionsvertrag auf Ueberlassung des Grundstückes ist mit dem Reichsoffiziers bereits abgeschlossen. Die neugegründete Aktiengesellschaft ist aus einer Studiengesellschaft zur Errichtung für Turmhäuser hervorgegangen, die vor etwa 1 1/2 Jahren ins Leben gerufen wurde. Der Grundgedanke der Studiengesellschaft war der, durch Errichtung von Bureauhochhäusern die jetzt noch in den Wohnungen befindlichen Bureaus aus diesen herauszubringen, um dadurch die betreffenden Räume wieder dem Wohnungsbedarf zuzuführen. Umählich konzentrierten sich die Bestrebungen der Studiengesellschaft auf die Pläne zur Errichtung eines Hochhauses auf dem Rummelplatz am Bahnhof Friedrichstraße. Durch eingehende Bohrversuche, für die erhebliche Mittel aufgewendet waren, wurde festgestellt, daß der Untergrund tragfähig genug ist, um die große Belastung eines Hochhauses auszuhalten. Die Aktiengesellschaft hat jetzt einen Ideenwettbewerb durch den Bund deutscher Architekten ausgeschrieben, in dessen Preisrichterkollegium sich unter anderem die Geheimräte Hoffmann, Bickelmeier und Billing, ferner Professor Straumer und Architekt Dietinger befinden. Vorsitzender des Ausschusses ist der Direktor des Berliner Hauptwohnungsamtes Dr. de Laporte.

Mauthausenversuch in Berlin. Gestern mittags gegen 12 1/2 Uhr verstarb der 40 Jahre alte Uhrmacher Leonhard Kahlitz aus der Soldiner Straße 103 die 32 Jahre alte Frau Marie Kahlitz, geb. Bismarck, in ihrer Wohnstube in den Kolonie Transvaal, Landwehrweg 100, zu erstarben, um sich in den Besitz eines Brillantringes zu setzen. Er schlug die Frau mit einer Eisenstange nieder, nach, als sie sich zur Wehr setzte, mit einem Küchenmesser auf sie ein und versuchte, ihr die Kehle zu durchschneiden. Als es der Ueberfallenen dennoch gelang, sich aufzuraffen und laut um Hilfe rufend aus der Stube zu flüchten, schoß sich der Täter zwei Kugeln in den Kopf. Beide brachen darauf bewußtlos zusammen und wurden nach dem Suberiuskrankenhaus in Lichterberg geschafft.

Faherüber müssen beleuchtet werden. In den letzten Tagen haben wir mehrere schmerzliche Freisprüche von der Anklage bezahmter Fahradbeleuchtung veröffentlicht. Erfreulicherweise nehmen jetzt die zuständigen Behörden diese Freisprüche zum Anlaß, um die für den Berliner Straßenverkehr sehr wichtige Frage der Fahradbeleuchtung zu klären. In einer

allen Konzerten bekommen und von Furcht und Zweifel erfüllt sein, ob man es wagen kann, dieses oder jenes Konzert einer Nichtberühmtheit zu besuchen, zumal, wenn es jede Woche in der bürgerlichen Presse spaltenlange Berichte über hoffnungslose Unzulänglichkeit findet, die sich auf den Konzertpodium spreizt. In Wahrheit ist es ja auch ein schändlicher Mißbrauch der Presse, der zugemutet wird, gewissenhaft über jede Veranstaltung zu referieren, zu der die Konzertdirektion Referententarten auswendet. Nichts verbittert den Kritiker so wie der Zwang, immer wieder dieselben Stücke schlecht oder uninteressant heranzugehen, und die widerwärtige Pflicht, darüber zu schreiben; nichts ist so dazu angetan, das Verhältnis zwischen Künstlern und Presse zu vergiften, wie jene unausbleibliche Verbitterung des Kritikers.

Nur eine Stelle hat unter der Konzertplage nicht zu leiden: die Konzertdirektion. Sie bezieht ihre Gebühren für das Arrangement; wer in dem von ihr arrangierten Konzert musiziert, ist ihr völlig gleichgültig. Den Luxus eines künstlerischen Gewissens kann sie sich auch nicht leisten, denn das hieße auf die Agentengebühren zugunsten der Konkurrenz verzichten. Und, merkwürdiger genug, es wird auch keineswegs verlangt. Wollte ein Kritiker für die Verfahrenheit unseres Musiklebens, für die Planlosigkeit und Verzerrtheit der Veranstaltungen, für die Stillhaftigkeit und Hilflosigkeit so vieler Konzertprogramme, für die Unzulänglichkeit der Ausführung von den Konzertdirektionen Rechenschaft fordern: er hätte kein Glück. Wenn eine Theaterdirektion hintereinander vier oder fünf schlechte Aufführungen herausbringt, so tut sie's auf Kosten ihres Ansehens; im Namen einer Konzertdirektion kann in jeder Woche siebenmal musiziert werden, daß es eine Schande ist: ihr Ansehen wird nicht erschüttert. Wenn ein Theater ein Neuling — Schauspieler oder Sänger — durchführt, wen zieht man zur Verantwortung? Den Theaterdirektor. Und selbstverständlich nicht den Agenten, der ihm den Unglücklichen empfohlen hat. Wenn auf dem Konzertpodium einer vermag, wen macht man verantwortlich? Etwas die Konzertdirektion, die den Künstler hat auftreten lassen? Aber nein; sie war ja nur der Agent, der das Konzert arrangiert. Sie ist ein Geschäftsunternehmen und will leben, nichts weiter, und man läßt sie leben, läßt sie Geschäfte machen, läßt sie gewähren. Aber wollte man sie auch nicht gewähren lassen: Künstler, Publikum und Presse sind heute ohnmächtig, die völlige Vergewaltigung des Konzertlebens zu verhindern. So geschieht es, daß zwar die wirtschaftliche Not des Musikerstandes, die wirtschaftliche Bedrängnis der öffentlichen Musikpflege von Jahr zu Jahr wächst, daß aber von Jahr zu Jahr immer neue Konzertgeschäftsleute ihre Bureaus eröffnen und, ohne irgendwelche künstlerisch fruchtbare Arbeit zu leisten, aus den Mitteln des Musikerstandes und der öffentlichen Musikpflege ihre Parasitenexistenz erhalten. (Schluß morgen abend.)

Kurt Henckle: Ehe (Schloppentheater Steglitz). Natürlich: eine unglückliche, aber gar zwei unglückliche Ehen. „Sie“ liebt ihren kalten sinnlichen Pflichtgatten nicht mehr. Sie liebt einen anderen Ehemann, der sie aber nicht ganz so, wie sie möchte, liebt. Dieser liebt auch seine Frau, die Gütige, die alles mit Ansehen und nur das Glück ihres Gatten will. Die andere, unglücklich Liebende, die sich von ihrem Mann, ihrer Mutter und ihrer Liebe verraten sieht, erschleicht sich hinter der Szene. Das übriggebliebene Ehepaar steht tragisch-verdient da, und der übriggebliebene kalte sinnliche Pflichtgatte wird sich bald tödlich. — Niemand versteht, warum diese ganz possiblen Weibchen diese Trottel von Männern lieben, oder jemals haben lieben können, die mit ihrem jugendhaften Weh und Ach Gott und Welt beklagen. Der geistige Horizont der handelnden Personen ist so eng und ihre Naturen sind so banal alltäglich, daß man am Gedank dieser Literaten oder Beamtenseelen nicht das mindeste Interesse hat.

Hennicke ist ein Dichter des Sturmfalles. Seine Gedichte sind besser als sein Drama, das diesen Kreis völlig diskreditiert. Kleinbürgerliche und philiströse Stücke hat man schon lange in und um Berlin nicht gesehen.

Die Regie war belanglos. Aber diese Hausmübel mit den Gartenkutschlehen und den rosafarbenen Ballettbeinchen hätte man nicht verwenden dürfen. Die Frauen spielten besser als die Männer. Namentlich von Lili Doncker läßt sich manches erwarten.

Die neue Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen, Donnerstag, früh beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Hermann Eißig: Mondwechsel. Eine Erzählung. — H. Jansenfeld: Philosophen für und gegen die Revolution: VIII. Tolstoj. — H. Zimmermann: Volkshochschulfragen. — R. H. Franck: Das Gesetz des Waldes. — Länder und Völker: Die Frau im fernen Westen. Das reiche Indien.

Tages-Notizen

Schermanns „Bild im Winkel“ spielt Freitag, abends 7 1/2 Uhr, das Staats-Theater in Potsdam in der neuen Welt. So werden die ersten Rollen mit. Karten zu 5 M. im Bureau des Volkshochschulamtes, Rathhaus, Zimmer 237; Neue Welt, Hofenstraße; Bobing, Bergstr. 48; Weingarten, Kellers-Friedrichstr. 8; Bild, Invalidenstraße 11; Germania, 25-26; Großhandels-Gesellschaft, Friedr. Klingens, Ede Hansmannstraße; Handel, Eintrachtstr. 26. Deutsches Theater, Spielplanänderung: Montag „Luis Jeronimo“. Viele Plätze, eine bekannte Melodram, ist nach längerem Verbleib in Berlin geblieben.

Klara Wiedig liest aus eigenen Dichtungen Sonntag, 7 1/2 Uhr, im Reform-Programm, Rathhaus, Bobbingstraße 44. Karten 1,10 und 1,10 M. im Beschäftigungsbureau, Zimmer 237, Rathhaus, Potsdam.

Die Gewandhaus-Symphonie von Richard Strauss gelangt Freitag, 7 Uhr, in der Musikschule mit dem Bildhauer-Direktor unter Leitung Krollers zur Aufführung.

Die Parallele zwischen Berlin 1921 und Wien 1918, 12 Uhr, im Volkshochschulamt am Schiller Platz 11.

Sam. Wieders den Freiwirtschaftler sprechen Dr. med. Max Bittsch und Dr. Fritz G. Biedler öffentlich, der 1. Generalversammlung des deutschen Bundes für Freiwirtschaft am Freitag, den 29. Oktober 1921, abends 8 Uhr, in der Halle der Militärbehörde, Berlin, Raststr. 65. Preis: 40 Pfund. Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder 1 M.

